



ANTIBERLINER

Kampfblatt für mehr Kopfsteinpflaster // Nr. 21 // April/Mai 2009

2 YUPPIES VS. JUNKIES.

Auswirkungen der Umstrukturierungen in Kreuzberg

4 KLASSE VS. KLASSE.

Folgen der globalen Krise für die Gesellschaft, Ökonomie und die Linke

6 EU VS. FLÜCHTLINGE.

Aufrüstung an den europäischen Grenzen am Beispiel von Lampedusa



■ In eigener Sache



Das Warten hat ein Ende, es ist eigentlich jeden Mo-

ment ein Stück mehr Sommer. Das dieser mal wieder heiß werden soll versprechen selbst konservative Medien. Spätestens nach den Wahlen im Herbst werden die Finger in unsere Portemonnaies immer länger, deshalb fangen wir auch schon jetzt an, uns dagegen kollektiv zu wehren. Wohnraum in der Stadt und die europäische Abschottung sind Themen dieser Ausgabe. Ebenso wie kreative und herkömmliche Arten des Widerstands (The Yes Men und Tibor Sturm). Am 18.4. wollen wir im Rauchhaus eine Party feiern Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen, eure Antiberliner

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Yuppies, Junkies, steigende Mieten

Berlin Kreuzberg, zuletzt wegen steigender Mieten und exklusiver Bauprojekte in die Schlagzeilen geraten, ist aktuell Schauplatz eines typischen Protestdilemmas



Noch können sich Yuppies in Kreuzberg unwohl fühlen

Nachbarschaftsinitiativen fordern nach der Schließung eines Druckraumes in der Dresdener Straße die Ausgrenzung der Drogenszene aus dem öffentlichen Raum und eine Verschärfung der Polizeiarbeit. Linke Gruppen und Sozialinitiativen rufen zu Kundgebungen gegen diese Verdrängungspolitik auf und in den Berliner Medien wird aus dieser Auseinandersetzung ein »Kampf zwischen Yuppies und Junkies«. Dass es sich bei der Bürgerinitiative um Yuppies oder überhaupt Besserverdienende handelt, darf bezweifelt werden. Richtig erscheint es mir dennoch, die Proteste gegen die Drogenszene vor dem Hintergrund von Aufwertungsdynamiken zu betrachten.

Junkies unerwünscht

Der Bezirk Kreuzberg galt lange Zeit als »Soziales Problemquartier« und auch die vorliegenden Sozialdaten wiesen die Wohngebiete als benachteiligte Quartiere aus. In den offiziellen Sozialstudien wurde dabei immer wieder auf den hohen Migrationsanteil verwiesen, wesentlich aussagekräftiger für die soziale Situation jedoch

waren und sind die hohen Anteile von Transferhaushalten und Bewohner/innen mit sehr geringen Einkommen. In Kreuzberg konzentrierten sich soziale Problemgruppen und eben auch viele Drogenabhängige nicht nur wegen des toleranten Images des Stadtteils, sondern vor allem wegen der lange Zeit bezahlbaren Mieten. Insbesondere in den 1990er Jahren lagen die Wohnungsmieten deutlich unter den städtischen Durchschnitt und auch für Wohnungssuchende gab es preiswerte Angebote.

Diese Situation hat sich in den vergangenen fünf Jahren deutlich verändert. Wohnungsprivatisierungen, Eigentümerwechsel und steigende Mieten stehen für die beginnenden Aufwertungsprozesse in Kreuzberg. Aktuelle Sozialstudien von Topos (im Auftrag des Stadtbezirks) vermelden in allen Quartieren einen sozialen Aufwärtstrend. Insbesondere der Anteil an Besserverdienenden ist zum Teil deutlich angestiegen. In allen Untersuchungsgebieten (Bergmannstraße, Gräfekeiz und Luisenstadt) sind die Durchschnittseinkommen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen.

Doch dies ist nicht auf steigende Löhne oder BAföG-Erhöhlungen zurückzuführen, sondern vor allem auf den Anstieg von Haushalten mit höheren Einkommen. Allein seit 2005 hat sich der Anteil von Haushalten mit mehr als 2.600 Euro im Monat von 15 auf 20 Prozent erhöht. Diese Mittelschichten artikulieren ihre eigenen Interessen an der Stadtteilentwicklung – teilweise auch gegen die Drogenszene am Kottbusser Tor. So gibt es etwa eine Initiative von Gewerbetreibenden und Hauseigentümern, die versuchen einen neuerlichen Druckraum in Kreuzberg zu verhindern. Bei ihnen geht es nicht nur um ein sorgenfreies Lebensgefühl und die alltäglichen Belastungen, die mit einer verfehlten Drogenpolitik zusammenhängen. Hier koppeln sich Geschäfts- und Besitzinteresse direkt mit den städtischen Gestaltungsansprüchen. Gerade die Überlagerung ganz verschiedener Protestmotivationen macht es so schwer, eine klare Position zu und in diesem Konflikt zu finden.

Begehren nach Mietsteigerung

Doch die durchschnittlichen Aufwertungsindizes in Kreuzberg sind nur die halbe Wahrheit. Auf der anderen Seite steht ein immer höherer Anteil (aktuell ca. 30 Prozent) von Bewohner/innen, deren Einkommen unterhalb des Existenzminimums liegen. Die Sozialstudien sprechen von einer »stärker polarisierten Sozialstruktur«. Die offizielle Stadtpolitik beschwört seit Jahren eine »Soziale Mischung«, doch das Nebeneinander von Arm und Reich, wie es sich zurzeit in Kreuzberg durchsetzt, straft die Utopien vieler Stadtplaner- und Quartiersmanager/innen Lügen. Denn mit steigender Attraktivität von Wohngebieten für Mittelschichten wächst meist auch das Begehren der

Hauseigentümer nach Mietsteigerungen. Die Mieten in Kreuzberg liegen inzwischen über dem Berliner Durchschnitt und insbesondere die Neuvermietungsangebote können sich meist nur noch Besserverdienende leisten. Zumal die meist kinderlosen Haushalte mit höheren Einkommen vor allem größere Wohnungen nachfragen. Insbesondere die Mieten in den familiene geeigneten Wohnungen sind daher überproportional angestiegen. Für alle Mieter/innen mit weniger Geld in der Haushaltskasse wird es also eng. In Folge dieser Entwicklungen ist auch die Mietbelastungsquote gestiegen – und selbst wenn der neue Sozialmonitor der Senatsverwaltung eine »Konsolidierung« in Kreuzberg feststellt, viele Kreuzberger/innen haben am Ende des Monats weniger im Portemonnaie. Eine durchschnittliche Aufwertung steht so eben auch für eine zunehmende Ausgrenzung, weitere Verarmung und

eine steigende Verdrängungsgefahr ärmerer Haushalte – mithin genau dem, was als Gentrification bezeichnet wird.

Am Ball bleiben

Eine zentrale Ursache dafür sind die Dynamiken des Wohnungsmarktes. Luxuswohnprojekte wie das Carloft in der Reichenberger



Für Mieter mit weniger Geld wird es eng

Straße oder die Paul-Lincke-Höfe stehen sehr sichtbar für die beginnende Aufwertung – die gravierenden sozialen Veränderungen vollziehen sich jedoch als schleichender Prozess von Mietsteigerungen, Modernisierungsarbeiten und Umwandlungen in Eigentumswohnungen. Eine Anti-Gentrification-Strategie sollte daher auch nicht bei der Skandalisierung von Leuchtturmprojekten der Aufwertung stehen bleiben, sondern zentral die Miet- und Wohnungspolitik in den Blick nehmen. Mit den Protesten gegen das Investorenprojekt MediaSpree und der Mieten-Stopp-Demonstration im vergangenen Jahr ist das Thema auf die Agenda des politischen Aktivismus gehoben worden. Für die Linke in der Stadt heißt es nun, am Ball zu bleiben und breite Bündnisse zu schmieden, mit denen eine andere Wohnungspolitik für Berlin durchgesetzt werden kann.

Andrej Holm

■ Heißes Pflaster

In Berlin wurden im letzten Jahr 104 Autos durch Brandanschläge zerstört. Auch in diesem Jahr setzt sich der Trend fort. In den ersten drei Monaten brannten bereits mehr als 50 Autos. Besonders gefährdet sind Wagen der höheren Preisklassen. Das Risiko steigt noch, wenn diese in Bezirken parken, die von Gentrification besonders betroffen sind. Selbst das Carloft in Kreuzberg, das zahlungskräftigen Mietern den Luxus bietet, ihre teuren Autos auf den Balkon zu stellen, scheint kein sicherer Parkplatz zu sein. Mindestens vier Mal wurde es schon mit Steinen und Farbbeuteln beworfen.

■ Kopfsteinpflaster

Erster Mai in Berlin heißt in diesem Jahr wieder (Termin-)Chaos. Am Morgen werden die Nazis geärgert, die im Ostberliner Bezirk Köpenick aufmarschieren wollen. Danach beginnt am frühen Nachmittag das Kulturprogramm des »Barrio Antifascista« in Kreuzberg. Hauptacts sind Irie Rèvòltès, La Resistance und KOP aus Barcelona. 18 Uhr startet dann am Kottbusser Tor die Revolutionäre Erste-Mai-Demo, die noch immer zu den größten linken Mobilisierungen in der BRD gehört.

◆ www.antifa.de



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Pech in der Liebe ...«

Im Mittelalter wurden Hufeisen mit der Öffnung nach unten über Türen angebracht, aufgrund der Annahme, der Teufel werde nicht hindurch gehen. Mit der Abnahme kirchlichen Einflusses sank auch der Glaube an den finsternen Höllenwart. Was blieb, war das symbolische Glück, dass von diesem bezwungenen Stück Metall ausging. In der Neuzeit hing das Schmiedwerk deshalb mit der Öffnung nach oben, auf dass das Glück nicht herausfalle. Auch heute noch findet sich das Hufeisen bei jenen, die das Glück suchen. Das sind oftmals solche, die mit hohem Risiko einen hohen Einsatz auf dem Spielfeld gemacht haben. So auch Josef Fischer, der in seiner Funktion als grüner Außenminister alles auf eine Karte setzte, die BRD in ihren ersten Angriffskrieg zu führen. Um die öffentliche Empörung zu schüren, sozusagen zu reizen, wurde mit Pokerface die Existenz eines so genannten Hufeisenplanes zur

Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo behauptet. Zehn Jahre ist das inzwischen her, und viel hat sich getan. NATO-Truppen haben das Land mit abgereichertem Uran überzogen und so ihre Idee von Demokratie für hunderttausende von Jahren manifestiert. Das Kosovo hat in einer rechtlich äußerst fragwürdigen Aktion, unterstützt von der EU und den USA, einen eigenen Staat ausgerufen. Die NATO feiert inzwischen ihren 60sten Geburtstag. Sie ist als Interessenvertretung mächtiger Spieler, gewissermaßen als ideeller Gesamtspieler, zu betrachten. Durch den herrschenden Verwertungszwang ist ein Ausstieg aus dem Kriegsspiel nicht möglich. Es handelt sich somit um einen schwerwiegenden Fall von Spielsucht, deren Therapie in diesem Fall im Guinnessbuch der Rekorde stehen könnte: 1994 findet sich dort der Eintrag eines Spielsüchtigen, der sich selbst die Hand abhackte.

Die Gesellschaft wird von der Krise hart getroffen

Unter dem Motto: »Wir zahlen nicht für eure Krise« demonstrierten am letzten Märzwochenende in Berlin 25.000 Menschen. Noch einmal so viele sollen es auch in Frankfurt gewesen sein. Auffällig waren die überwiegend anti-kapitalistischen Slogans auf den Schildern und Transparenten der Demonstranten. Radikale Kritik ist wieder en vogue, denn die Krise offenbart immer mehr Menschen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann



Demonstration am 28. März 2009 in Berlin

Längst ist die Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise geworden. Bisher sind weltweit mehr als fünf Billionen Dollar dem Finanzsektor verabreicht worden. Dort sind sie folgenlos versickert, jedenfalls was die erklärte Absicht angeht, die Kreditkreisläufe wieder in Schwung zu bringen. Die Banken und Versicherungen haben das Geld vereinnahmt, vor allem ihr Eigenkapital erhöht und sich kräftige Manager-Boni ausgezahlt.

Während dessen stehen ganze Staaten vor der Pleite. Lettland und Ungarn mussten mit EU-Geldern vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Auch Island und Rumänien stehen kurz vor dem absoluten Staatsbankrott. Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg dürfte es in diesem Jahr kein weltweites Wirtschaftswachstum, sondern eine globale Rezession geben. Den globalen Süden trifft dies natürlich am schlimmsten. Dort sind nur selten die Ressourcen vorhanden, um die schlimmsten sozialen Folgen der Krise abzufangen. Schon jetzt ist der Getreidepreis, und damit das Grundnahrungsmittel der Ärmsten, auf dem Weltagrarmarkt 70 Prozent teurer als vor der Krise.

Und es wird noch weit härter kommen. Immer noch sind weltweit Derivate – Wertpapiere, mit denen auf die Wertentwicklung anderer Papiere oder Güter spekuliert wird – in Höhe von 60 Billionen Dollar unterwegs. Wenn ein größerer Teil dieser Derivate, was in der sich beschleunigenden Krise wahrscheinlich ist, sich als

»toxic«, als giftig erweist, dann ist an eine Finanzierung über Staats-schulden nicht mehr zu denken. Andernfalls wäre auch in den USA und der Bundesrepublik Deutschland der Staatsbankrott fällig, wie er einigen EU-Staaten und ihren Anrainern bevorsteht. Die Leistungsfähigkeit der Staaten wäre ausgeschöpft: Soziale Leistungen, Bildung, Gesundheit müssten zusammengestrichen werden.

»Minuswachstum«

Doch schon jetzt sind die sozialen Folgen der Krise auch in der BRD verheerend. Für 2009 wird selbst von hartgesottene Neoliberalen ein „Minuswachstum“ von vier bis fünf Prozent vorausgesagt. Fünf Prozent weniger Wirtschaftsleistung bedeutet zwei Millionen weniger Vollzeit-Arbeitsplätze. Derzeit zeigt die Arbeitslosenstatistik einen Stand von achteinhalb Prozent. In der hier zugrunde liegenden Beschäftigtenzahl sind sowohl die vielen Kurzarbeiter als auch die Teilzeit- und Leiharbeiter enthalten. Deren Stellen werden in diesen Monaten rapide abgebaut. Allein dadurch wird die Arbeitslosenquote auf über zehn Prozent getrieben. Wenn die Wirtschaftspolitik so weiter läuft, wird die Bundesrepublik 2009 ein Land der Massenarbeitslosigkeit. Zumal die deutsche Produktion ihr Heil, mehr noch als alle anderen neoliberalen Länder, auf den Exportmärkten gesucht hat, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise überall zusammenschnurren.

Die BRD könnte somit auch ein Land der Massenarmut werden. Sie ließ sich lange als Exportweltmeister feiern. Ihre herausragende



Stellung auf den globalen Märkten erreichten die deutschen Unternehmen, weil sie ihren Beschäftigten gemessen, an ihrer Leistung, weniger zahlten als dies in anderen Ländern geschah. So stiegen die so genannten Lohnstückkosten – die Arbeitskosten im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität – von 2000 bis 2008 in der Bundesrepublik gerade mal um 2,3 Prozent. In Frankreich betrug der Zuwachs im selben Zeitraum 17,2 Prozent, in Spanien 24,7 Prozent und in Finnland 134,8 Prozent. Ein Arbeiter in Finnland hatte in den acht Jahren Lohnzuwächse, die siebzehn Mal höher waren als bei den Kollegen in der BRD.

Absturz der Lohnquote

Zur Folge hatte dies für die Beschäftigten einen rapiden Rückgang der Lohnquote, also des Anteils der Beschäftigtenentgelte am Bruttoinlandsprodukt. Er sank von 72,2 auf 65,2 Prozent (dementsprechend stieg der Anteil der Profite von 27,8 auf 34,8 Prozent). Die Unternehmer werden jetzt alles daran setzen, die Quote weiter zu drücken, um möglichst Viele der wegbrechenden Exportmärkte festzuhalten. Das »Wettrennen zum Boden«, zu den niedrigsten Lohn- und Sozialleistungen, wird vom angeschlagenen Exportweltmeister besonders energisch angegangen, schließlich gehen 48 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung in den Export. So verkündete etwa Opel Chef Hans Demant unlängst seine Strategie um den angeschlagenen Konzern zu retten: Das benötigte Geld soll einfach über Lohn- und Gehaltsverzicht der Beschäftigten, sowie weiteren Stellenabbau eingespart werden.

Vor dem Hintergrund einer Entwicklung, die bei immer mehr Menschen für leere Geldbeutel sorgt, ist es einfach nur zynisch, dass Spiegel, Bild und Co. ausgerechnet »Shopping« als adäquate Reaktion auf die Krise verkaufen wollen. Die Menschen, die die Krise am härtesten trifft, werden ihr Geld sicher nicht ins Sony Center tragen, geschweige denn ein neues Auto kaufen, um sich noch schnell die Abwrackprämie zu sichern. Denn oft wissen sie kaum, wie sie ihre Miete und Essen noch bezahlen sollen. Die Kinderarmut beispielsweise hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, so dass in der BRD heute knapp drei Millionen Kinder in Armut aufwachsen. Nicht immer sind ihre Eltern auf »Hartz IV« angewiesen.

Aber neben Arbeitsplätzen, Löhnen und Gehältern wird es bald auch den Sozialleistungen an den Kragen gehen. Denn alle Rettungspakete und Konjunkturprogramme des Staates werden über

die Zunahme der Staatsschulden finanziert. Werden nur die offiziellen Angaben der deutschen Regierung zu ihren »Rettungsprogrammen« zusammen gezählt, so kommen wir auf rund 600 Milliarden Euro. Das ist mehr als das Doppelte des gesamten Bundeshaushalts. Bei normalen Raten für Zins und Tilgung wird sich die zusätzliche jährliche Schuldensumme auf rund 50 Milliarden Euro belaufen. Schon jetzt ist der Posten »Tilgung/Zinsen von Staatsschulden« der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt. Nun kommt noch einmal ein Packen dazu, der höher ist als die gesamten »Hartz-IV«-Zahlungen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die staatliche Reaktion folgt, die lautet: »Jetzt muss aber gespart werden. Doch nicht bei den Leistungsträgern für den neuen Aufschwung.« Vielmehr werden dann »Hartz IV«, Renten und ähnliche Leistungen auf Neue gekürzt. Also muss wieder einmal die große Masse den Gürtel enger schnallen.

Inflation

Ein zweiter Effekt der immens gestiegenen Staatsschulden könnte zu einer galoppierenden Inflation führen. Es geht ja nicht nur um die Anleihe des Staates bei vermögenden Privaten und eventuell bei Banken, sondern auch darum, dass die Bundesbank einen guten Teil der Staatsanleihen übernimmt. Das bedeutet nichts anderes als Geldvermehrung, also zusätzliche Geldschöpfung durch die Zentralbank. Einfacher formuliert: Es wird neues Geld gedruckt, um Banken und Großkonzerne zu retten. Eine Erhöhung des Geldvolumens bei gleich bleibendem, und im vorliegenden Fall sogar sinkendem Angebot von Gütern und Dienstleistungen, kommt aber einer Geldentwertung gleich. Denn im Gegenzug werden alle Güter und Dienstleistungen teurer.

Die Kombination von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lohnverzicht und inflationärer Teuerung wird verheerende soziale Folgen haben. Bleibt zu hoffen, dass die Proteste des letzten Märzwochenendes und der ersten Apriltage der Auftakt einer antikapitalistischen Bewegung waren. Denn erstens war eine starke Linke schon immer das beste Mittel reaktionären Rattenfängern das Wasser abzugraben, die aus der Armut und Verzweiflung politisches Kapital schlagen wollten. Und zweitens hatten die Kollegen der Gewerkschaft ver.di absolut Recht, als sie den Kapitalismus auf der Berliner Demo symbolisch zu Grabe trugen: »Seine Zeit war gekommen.«

Der Artikel basiert auf einem Text von Conrad Schuhler (isw)



In Zeiten wie diesen, können auch mal Fäuste fliegen

Drei Jahre hatten Linke verschiedener Couleur vergeblich versucht die Zweite Spanische Republik gegen den franquistischen Putsch zu verteidigen. Auch zehntausende Freiwillige kämpften dort im Rahmen der Internationalen Brigaden. Nach dem Sieg der Franquisten wurde jeder linke Widerstand jahrzehntelang unterdrückt. Erst Ende der 60er Jahre gelang es der Arbeiter- und Studentenbewegung einen ernstzunehmenden Widerstand zu entwickeln. Anlässlich des Endes des Spanischen Bürgerkrieges vor 70 Jahren findet eine Veranstaltungsreihe mit Zeitzeugen statt.

Veranstaltungen:

- ◆ 16.4.09 – Spanischer Bürgerkrieg und Internationale Brigaden
- ◆ 23.4.09 – Franco-Diktatur und Widerstand
- ◆ 29.4.09 – Aktuelle Entwicklung der linken Erinnerungspolitik
(Jeweils um 19 Uhr – Festsaal Kreuzberg, Skalitzer Str. 130)



In dem Kontext läuft im Eiszeit-Kino vom 17. April bis 19. April 2009 eine Filmreihe. Die ausgewählten Dokumentar- und Spielfilme zeigen.

◆ www.eiszeit-kino.de

Festung Europa

Über 1.900 Menschen werden momentan im Flüchtlingslager in Lampedusa festgehalten und warten auf ihre drohende Abschiebung. Das für 850 Menschen konzipierte Lager ist völlig überfüllt. Erst kürzlich nahm die italienische Polizei 50 Flüchtlinge fest, die »Freiheit, Freiheit!« rufend aus dem Lager entkommen wollten



Alltag in Lampedusa – oft kommen die Flüchtlinge nicht einmal lebend an

In der Hoffnung auf ein etwas besseres Leben, zieht es immer mehr Menschen auf den weiten Weg nach Europa. Laut Amnesty International sind seit 1991 mindestens 12.000 bis 14.000 Menschen bei ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Aufgrund der geographischen Lage sind die kanarischen Inseln und Inseln wie Lampedusa, Malta oder Lesbos oft die ersten Anlaufpunkte. Ein großer Teil der Flüchtlinge wird entweder noch auf See oder beim Anlegen von Militär oder Grenzpolizei festgenommen und bis zu ihrer Abschiebung in so genannten Auffanglagern festgehalten. Diese Lager sind meist völlig überfüllt. In Lampedusa beispielsweise müssen ungefähr die Hälfte der Flüchtlinge unter Plastikplanen die Nacht verbringen. Dort hat sich die Situation derart verschärft, dass sich die in erster Linie um den Tourismus sorgende Bevölkerung, mit den Flüchtlingen weitestgehend solidarisiert und

diese beispielsweise durch Lebensmittelspenden unterstützt.

Aufnahme ausgeschlossen...

Gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention haben Menschen die aus der begründeten Furcht vor rassistischer, politischer oder religiöser Verfolgung aus ihrer Ländern fliehen mussten das Recht von der EU aufgenommen zu werden. Allerdings ist es noch lange kein Garant dafür auch tatsächlich aufgenommen zu werden. Dies gilt z.B. für alle die über einen so genannten sicheren Drittstaat einreisen. Krieg, Hunger oder Umweltkatastrophen fallen nicht unter die nach dem zweiten Weltkrieg vereinbarten Konventionen und werden daher auch nicht als legitime Gründe anerkannt. Bis nicht geklärt ist, ob Menschen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind, dürfen diese nicht abgeschoben werden. Sie werden daher in oben beschriebenen Auffangla-

gern bis zur Klärung ihres Status unter oftmals erbärmlichen Bedingungen festgehalten. Nur die wenigsten haben hierbei eine Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung. So lag beispielsweise in Griechenland die Anerkennungschancen für Flüchtlinge aus dem Irak im Jahr 2007 bei Null Prozent.

Grenzen zu...

Exemplarisch für die Abschottung Europas steht die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX), deren Mittel von der EU in den letzten Jahren immer wieder erhöht wurden. FRONTEX soll die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen koordinieren und die Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von nationalen Grenzschutzbeamten unterstützen. Dazu gehört beispielsweise auch der Zugriff auf die Daten von nationalen Geheimdiensten und der Polizei. Weitere Aufgaben bestehen in der Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei ihren hoheitlichen Aufgaben und bei der Abschiebung von nicht aufenthaltsberechtigten Ausländern. Einen größeren Bekanntheitsgrad erlangte FRONTEX im Jahr 2006 als diese sich als paramilitärische Truppe medial inszenierten und mit Kriegsschiffen und Hubschraubern im Mittelmeer jagt auf Flüchtlingsboote machten. Perspektivisch wird bereits an einer europaweiten Abschiebeagentur gearbeitet bei der die europäischen Mitgliedsstaaten Plätze für Abschiebeflüge buchen können, um so noch schneller und effizienter missliebige Personen abschieben zu können. Der Ausbau und die Effizienz der Festung Europa schreiten also weiter voran.

»Das war keine richtige Verhandlung für mich«

»Haut den Nigger tot!« schallt es Tibor Sturm entgegen, als er in einer kalten Dezembernacht von sechs Neonazis angegriffen wird. Doch Tibor will kein Opfer sein und wehrt sich. Dafür muss er für sieben Monate ins Gefängnis. Wieder in Freiheit spricht er über seinen Albtraum. Der Antiberliner sprach mit Tibor Sturm

Du bist bei Brothers Keepers und engagierst dich in diesem Rahmen gegen Rechts. Gab es Schlüsselerlebnisse, die dich dazu gebracht haben aktiv zu werden?

Also, Schlüsselerlebnisse zu nennen, ist schwierig. Ich sag mal, Kleinvieh macht auch Mist. Als afrodeutsches Kind in einer bayrischen Kleinstadt aufzuwachsen beherbergt mitunter subtilen Rassismus, den man als Kind nicht deuten kann, der aber um so schwerer wiegt, je älter man wird. Und da ich schon sehr früh zu Hip Hop gekommen bin, hab ich mir gesagt, ok, jetzt rappst du mal über deine Probleme.

Kannst du kurz schildern, wie es zu dem Überfall auf dich gekommen ist?

Ich war auf einer Party für einen Freund, der 48 Stunden später abgeschoben werden sollte. Aber gegen Zehn war ich schon so deprimiert, dass ich ohne ein Wort des Abschieds gegangen bin.

Auf einmal habe ich gehört: »Haut den Nigger tot! Du stirbst heute Nacht!« Im ersten Moment habe ich gedacht: Lauf um dein Leben! Und ich bin gerannt. Aber dann habe ich ganz viele Sachen ganz schnell auf einmal gedacht. Das waren solche Sachen, die ich schon als Kind mitgemacht habe: Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? Niemand, da laufen wir davon! Ich wollte einfach nicht mehr vor dem Schwarzsein weglaufen. Ich habe mich umgedreht und habe dann aus dem Laufen



Tibor Sturm ist der Rapper QuietStorm

heraus die erste Faust ins Gesicht geschlagen bekommen.

Dabei blieb es ja leider nicht. Kannst du etwas zu deinen Verletzungen sagen?

Ich habe sechs Zähne verloren. Einer war komplett raus gebrochen und fünf mussten operativ entfernt werden. Meine linke Rippenhälfte war durch die Tritte angeschwollen. Ich hatte ein angebrochenes Jochbein und mehrere offene Wunden.

Und weil auch für einen der Angreifer der Überfall im Krankenhaus endete, bist du verurteilt worden?

Der Richter fragte mich immer wieder, ob ich mich nicht entschuldigen möchte und ich musste diese Frage immer wieder verneinen. Wofür hätte ich mich auch entschuldigen sollen? Dafür, dass ich mich verteidigt habe? Am Ende wurde ich für exzessive Notwehr verurteilt. Ich habe das Urteil nicht ernst genommen und habe ge-

lacht. Das war keine richtige Verhandlung für mich.

Ist es inzwischen zu einer Verhandlung gegen die Angreifer gekommen?

Nein, gegen die Angreifer wird noch immer ermittelt. Die Mühlen der Justiz mahlen langsam, aber sie mahlen. Das habe ich am eigenen Leib erlebt.

Sind dir irgendwelche Dinge in Haft besonders schwer gefallen?

Zeitweilig gab es für mich eine »No Go Area« im Knast, weil ein Rechter gegen mich mobil gemacht hat. Sie haben Witze über meine Hautfarbe gemacht und für Stimmung im ersten Stock der JVA gesorgt. Das war das einzige Stockwerk in dem die Häftlinge telefonieren konnten, was mich dann wiederum ein Stück weit meiner sozialen Kontakte beraubt hat.

In dieser Situation habe ich auf einmal Postkarten bekommen, die mir unglaublich geholfen haben. Das waren Karten auf denen »Freiheit für Tibor« stand. Die haben mir wieder Mut gegeben und mir gezeigt, dass ich doch nicht allein bin.

Ziehst du irgendwelche Konsequenzen aus dem Überfall, dem Gerichtsurteil und deiner Zeit im Knast?

Diese Erfahrungen haben mich nur noch stärker gemacht. Ich habe mich nicht brechen lassen und stehe jetzt mehr denn je ein gegen Rechts. Ich will, dass meine Kindeskind hier irgendwann einmal ohne Angst vor rassistischen Anfeindungen spazieren gehen können.

■ **Auschwitz ohne Hilfe**
In Auschwitz-Birkenau wurden während des deutschen Faschismus über 1,5 Millionen Menschen umgebracht und der Name steht als Synonym für die Verbrechen dieses Systems.

Inzwischen verfällt die Gedenkstätte jedoch zusehends. Es wäre dringend notwendig Restaurationsarbeiten vorzunehmen, um die von Wandrissen, Fäulnisschäden und morschen Stützpfählern gekennzeichneten Gebäude zu retten. Seit 1947 wird die Gedenkstätte vom polnischen Staat finanziert. Für den Erhalt wären 60 Millionen Euro nötig. Daher hat das Internationale Auschwitz Komitee den deutschen Staat um Unterstützung gebeten, bisher ohne Erfolg.

■ **Neues AIB erschienen**
Die NPD scheint am Boden. Am Stuhl des Oberhauptes wird ordentlich gesägt. Die DVU nutzt die Chance und geht mit einem neuen Parteichef in die Offensive. Das Antifaschistische Infoblatt (AIB) nimmt in ihrer neuen Ausgabe das ganze Spektakel unter die Lupe. Ausserdem wird der Mythos um die "Autonomen" Nationalisten genauer beleuchtet. Die geführte Antifa-Debatte wird durch einen Beitrag des VVN-BdA ergänzt.

◆ www.antifainfoblatt.de

■ Out of Control

Seit einem halben Jahr läuft das »mg-Verfahren« gegen Axel, Florian und Oliver. Jetzt gibt's die »Out of Control« Soli-Compilation. Auf drei CDs werden 60 Künstler aus aller Welt vereint, stilistisch ist fast alles vertreten. Mit dabei sind Yok, Chaoze One, Guts Pie Earshot u.v.m. Außerdem sind Programme und Anleitungen zur eigenen PC-Sicherheit dabei.

■ Schwuler Kommunist



Der Schriftsteller Ronald M. Schernikau ist 1989 aus Westberlin in

die DDR gezogen. Nach der Wende regte er sich auf: »Der Sieg des Feindes versetzt mich nicht in Traurigkeit, eine Niederlage ist eine Niederlage, das sind Angelegenheiten bloß eines Jahrhunderts. Was mich verblüfft, ist die vollkommene Wehrlosigkeit, mit der dem Westen Einlass gewährt wird, die ganz selbstverständliche Selbstvernichtung der Kommunisten.(...) Wo haben sie ihre Geschichtsbücher gelassen?«. Jetzt ist Matthias Frings' Biographie über diesen letzten Kommunisten erschienen.

◆ Frings, Matthias: »Der letzte Kommunist«. Aufbau-Verlag 2009.

Die WTO wird aufgelöst

Die WTO wird sich, aufgrund ihrer Misserfolge, auflösen. Dies erklärte ihr Sprecher Kinnithrung Sprat vor Teilnehmern einer Konferenz in Sydney. Fortan soll eine neu gegründete Organisation den Fokus auf die Repräsentanz der Armen und Benachteiligten dieser Erde richten

Einmal mehr erntet ein Mitglied der Gruppe »The Yes Men« Applaus für eine Rede, die diese im Namen einflussreicher Firmen und Organisationen vor fachkundigem Publikum hält. Dabei zählt die vermeintliche Auflösung der Welthandelsorganisation noch zu den weniger absurden Vorschlägen, mit denen Kommunikationsguerilla international auf höchstem Niveau perfektioniert wurde.

Alles begann im Jahr 1999 mit der Sicherung der Internetseite www.gatt.org, auf der sich die Gruppe als Welthandelsorganisation ausgab. GATT steht für »general agreement on tariffs and trade« und war das 1947 in Kraft getretene Welthandelsabkommen, das 1995 zur Gründung der WTO führte.

Als dann tatsächlich Anfragen für Redner der WTO über das Kontaktformular kamen, nahmen sie die Chance war und sprachen auf einer Konferenz über internationale Handelsgesetze. Absurde Forderungen im Namen des Freihandels, etwa das Ermöglichen von Handel mit Wählerstimmen im Internet, führten dort zu keinerlei Verwunderung. Also wurde



Mit dem Phallus die totale Überwachung möglich machen

die vermeintliche Schmerzgrenze Schritt für Schritt angehoben. Auf die Forderung nach dem Handel mit Gerechtigkeitszertifikaten zum Ausgleich von Menschenrechtsverletzungen folgte Werbung für die Wirtschaftlichkeit der Ausbeutung von Sklaven in ihrer Heimat. Auch die Präsentation eines Anzugs für Manager, der über einen überdimensionalen Phallus die Möglichkeit zur totalen Überwachung seiner Arbeiter gäbe, kam gut an.

Vor wechselndem Publikum nutzte die Gruppe, in die Rolle einflussreicher Identitäten geschlüpft, ein ums andere Mal die Autoritätshörigkeit ihrer Zuhörer. Die mediale Aufmerksamkeit war im Nachhinein stets riesig.

Während anfangs nur lokale Ergebnisse erzielt wurden, etwa durch das Vertauschen der Sprachelektronik von Barbie- und GI-Joe-Puppen, steigerte sich das Maß des Einflusses über die Jahre:

3.000 Menschen starben 1984 bei einem Chemieunglück im indischen Bophal. Am 20ten Jahrestag verkündete ein Sprecher des verantwortlichen US-Chemie Unternehmens Dow Chemical Reparationszahlungen in Höhe von 12 Milliarden US\$ an die Hinterbliebenen zu leisten. Eine Aktion der Yes Men, die dem Unternehmen Milliardenverluste an der Börse sowie einen riesigen Imageschaden durch den Widerruf einbrachte.

Und im November letzten Jahres lasen über eine Millionen Leser der *New York Times* vom Ende des Irakkriegs. Viele Helfer hatten diese Fälschung in Umlauf gebracht. Kürzlich präsentierten die Yes Men ihren neuen Film auf der Berlinale. Nicht ohne eine Aktion, mit der sie auf die Verlogenheit des Sponsors BMW hinwiesen. »The Yes Men Fix The World« sei Profis wie Laien der Kommunikationsguerilla hiernit ans Herz gelegt.

Tante Erna empfiehlt heute: Allet klaz, det kannste gleichma wieder knicken

